

Zu den zahlreichen Büchern über die Entwicklung der Sozialdemokratie vor und während des ersten Weltkrieges, ihre Haltung gegenüber der deutschen Revolution von 1918, ihre Zersplitterung, sind im vergangenen Jahr weitere Veröffentlichungen hinzugekommen. Das vorliegende Buch, *Die deutsche Revolution von 1918, Eine Studie des deutschen Sozialismus während des Krieges und der Revolution*, umfaßt die Entwicklung der sozialistischen Bewegungen in Deutschland vom Jahre 1848 an bis zur Konferenz von Halle 1920, welche ein Überwechseln des linken Flügels der USPD zur Kommunistischen Partei zur Folge hatte. Dr. Ryder erhielt die Anregung zu seinem Buch als Mitarbeiter der erziehungswissenschaftlichen Abteilung des Britischen Kontrollrats in Deutschland und dessen Nachfolgeorganisationen in den Jahren 1946 bis 1956 und lehrt zur Zeit Geschichte am St. David's College in Lampeter, Wales.

Wie der Verfasser in seinem Vorwort sagt, glaubt er, in der deutschen Revolution von 1918 bis 1919 eine Parallele zur französischen Revolution von 1848 zu erkennen. Berlin zwischen November 1918 und Frühjahr 1919 und ebenso Paris zwischen Februar und Juni 1848 erlebten den plötzlichen Zusammenbruch einer unglaublich gewordenen Monarchie, die Entstehung einer republikanischen Regierung mit einem militanten linken Flügel, die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung mit einer nichtradikalen oder konservativen Mehrheit, Entlastung oder Rücktritt der Minister des linken Flügels, gefolgt von einer Revolution der unzufriedenen Revolutionäre und deren Unterdrückung durch die etablierte Regierung mit militärischer Hilfe. Berlins Spartakus-Woche sei vergleichbar mit den Junitagen in Paris, Noske mit Cavaignac. In beiden Ländern sei der Versuch vereitelt worden, die politische Revolution unter dem Banner der parlamentarischen Demokratie in eine soziale zu verwandeln – in Deutschland geschah dies durch die Ordnungsmächte, in Frankreich durch die Reaktion. Obwohl dieser Vergleich zur Illustration der Revolution beider Länder einlädt, so waren doch die sozialen und politischen Strukturen beider Länder verschieden; ebenso gingen die Forderungen der Linken von verschiedenen Prämissen aus. Der Juniaufstand in Paris resultierte primär aus der Forderung der Arbeiter nach Arbeit, die der Revolutionäre in Deutschland nach Frieden und Konzessionen zur sozialen und politischen Transformation des bestehenden Systems. Außerdem dürfte es verfehlt sein, Noske mit Cavaignac zu vergleichen, weil der letztere die Kräfte der Reaktion und der autoritären Gewalt vertrat, während der erstere beauftragt war, den schon vollzogenen Übergang vom Kaiserreich zur Republik vor den spartakistischen Umsturzversuchen zu bewahren.

Ryders Studie präsentiert wenig neue Erkenntnisse, die nicht schon von Berlau,

Coper, Rosenberg und Schorske aufgezeigt wurden, Autoren, auf die sich der Verfasser in seiner Darstellung weitgehend stützt. Außerhalb des veröffentlichten Quellenmaterials und einer Vielzahl an Sekundärliteratur macht Ryder zusätzlich von unveröffentlichten Primärquellen Gebrauch, wie die Protokolle des Zentralrats der sozialistischen Republik, der Kautsky-Nachlaß, die Lebenserinnerungen Wilhelm Dittmanns, Material, das im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam zugänglich ist, außerdem das inzwischen veröffentlichte Tagebuch Edward Davids. Ryders Hauptinteresse liegt in der Auswirkung des ersten Weltkrieges auf den deutschen Sozialismus und in der Umformung einer Partei in zwei entgegengesetzte Gruppen, deren Rivalität sich während des Krieges zuspitzte und nach dem Krieg mit Vehemenz fortgesetzt wurde. Ein weiterer Untersuchungsgegenstand bildet die Revolution, die in den Augen der Linksintellektuellen einen Versuch zur Machtübernahme durch die marxistische Partei in einem hochentwickelten Industrieland darstellte.

Der Verfasser untersucht die oft wiederholte Frage, warum die SPD im August 1914 den Kriegskrediten der Regierung und damit dem Krieg selbst zustimmte. Die Antwort liegt für Ryder im zaristischen Rußland, welches als autoritäre Großmacht von der deutschen Sozialdemokratie gefürchtet und bei ihr als »Gendarm Europas« verhaßt war. Ein Krieg defensiver Art gegen Rußland, wie er von der Regierung propagiert wurde, war mit den Verpflichtungen der Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Zweiten Internationalen vereinbar. Außerdem hebt der Verfasser hervor, daß eine Obstruktion der SPD hinsichtlich der Kriegskredite von der deutschen Öffentlichkeit weder verstanden noch gebilligt worden wäre, da diese von einem allgemeinen Kriegstaumel und Patriotismus ergriffen war. Der SPD wäre in den Augusttagen keine andere Wahl geblieben, als den Krediten zuzustimmen, als einen Burgfrieden mit der Regierung zu schließen.

Ryder geht dann im folgenden auf die schon bekannten Ereignisse ein: ständig wachsende Opposition der Linken innerhalb der SPD, deren Kritik am sogenannten Burgfrieden, die Ablehnung der Kriegsziel- und der Annexionspolitik durch die Protagonisten der Linken, Haase, Ledebour, Liebknecht und Luxemburg, die Spaltung der Partei in MSPD und USPD, die Formierung des Spartakusbundes und dessen Radikalisierung nach bolschewistischem Muster, die Novemberrevolution von 1918 und die konträre Einstellung der sozialistischen Fraktionen zur Republik sowie die endgültige Trennung der Vorkriegs-SPD in die demokratisch-republikbejahende SPD und die republikfeindliche marxistisch-leninistische KPD. Ryder widmet der Vorgeschichte die Hälfte seiner Darstellung, ohne im einzelnen Neues zu bringen. Er versteht es jedoch, die Entwicklungen, die zur Revolution und im Jahre 1920 zur Spaltung der USPD führten, klar und verständlich aufzuzeigen. Darin liegt der Verdienst der vorliegenden Studie.

In seiner Zusammenfassung kommt Ryder zu Feststellungen und Ergebnissen, die sich teilweise widersprechen und der Gesamtproblematik nicht gerecht werden. So gibt der Verfasser auf der einen Seite zu, daß die SPD im August 1914 keine andere Wahl gehabt hätte, als den Kriegskrediten der Regierung zuzustimmen. Auf der anderen Seite aber verdammt er diese Politik, auf Grund deren sich die SPD eines wesentlichen Machtmittels beraubt hätte, der Regierung ihren Willen aufzuzwingen. In diesem Zusammenhang dürfte es verfehlt sein, von einer Loyalität der SPD zu dem Hohenzollernregime zu sprechen, wie Ryder es tut. Der Burgfriede wurde, wie auch der Verfasser in seiner Untersuchung hervorhebt, schon bald nach Beginn des Krieges von mehreren Faktionen innerhalb der SPD scharf kritisiert und verlor in zunehmendem Maße an Gewicht.

Weiterhin bezichtigt er Ebert, den Demokratisierungsprozeß in Deutschland nicht über die formale Entstehung der Weimarer Verfassung betrieben zu haben. Ebert hätte von den Arbeiterräten mehr Gebrauch machen sollen, um eine Demokratisierung der neuen Republik herbeizuführen. Sie allein hätten der Regierung einen demokratischen Geist verleihen können. Hätte die SPD-Führung eine konstruktivere Haltung gegenüber den Räten eingenommen, so würde sie das Anwachsen des Linksextremismus aufgehalten haben, der für die Mehrheitssozialisten und die Republik im allgemeinen furchtbare Konsequenzen haben sollte. Diese hypothetische Feststellung wird an anderer Stelle durch den Verfasser abgewertet, indem er aussagt, daß die SPD den Arbeiterräten mißtraute und so schnell wie möglich zu dem parlamentarischen System zurückkehren wollte. Die SPD hätte die Räte nur so lange zugelassen, bis die verfassunggebende Versammlung gewählt worden war. Die letztere Schlußfolgerung scheint sinnvoller zu sein, denn die SPD stand Ende 1918 vor der Alternative, die Radikalisierung und Bolschewisierung der Arbeiterräte zu tolerieren oder, gestützt auf die gemäßigten Kräfte der neuen Republik, eine demokratische Verfassung in einer gewählten verfassunggebenden Versammlung zu akzeptieren. Ebenso verurteilt Ryder den Pakt Eberts mit Groener, den Pakt der Mehrheitssozialisten mit dem deutschen Militär monarchistischer Prägung. Ryder erblickt eine Alternative für die SPD in der Demokratisierung der Freikorps oder der Formation eigener Einheiten, um die Republik von den Feinden von Links oder Rechts zu retten. Der Preis, den Ebert für den Pakt mit dem deutschen Militarismus und dem Freikorps zahlen mußte, war hoch, die vorgeschlagene Lösung des Autors, Demokratisierung der Freikorps, wäre jedoch schlecht durchführbar gewesen. An anderer Stelle konzidiert Ryder, daß Ebert keine andere Wahl gehabt hätte, als sich auf das Militär zu berufen, um die neue Republik vor dem Bürgerkrieg zu retten.

Die Inkonsistenz solcher Aussagen lassen die Schwächen der zusammenfassenden Urteile des Verfassers erkennen, mehr jedoch zeigen sie die Komplexität der

Situation während der Revolution und der ersten Monate der Republik, die sich der militanten Angriffe der radikalen Linken wie auch der Putschversuche der Rechten erwehren mußte. Immerhin gelang es Ebert, die Republik auf dem schmalen Grat zwischen den beiden politischen Extremen hindurchzuführen, eine Politik, die zur allmählichen Konsolidierung der Republik führte. Daß bei diesem Manöver Preise bezahlt werden mußten, welche die Stabilität der Weimarer Republik beeinträchtigten, läßt sich nicht von der Hand weisen. Doch scheint Eberts Lösung trotz all ihrer Schwächen, retrospektiv gesehen, diejenige gewesen zu sein, die auf eine Stabilisierung der Lage und die Partizipation neuer und gemäßigter Kräfte hoffen ließ.

Wolfgang Schlauch